Abendausgabe

Nr. 309 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 152

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend
3. Juli 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

Was soll werden?

Die Presse über den Reichstags-Ausgang.

Die gesamte Presse beschäftigt sich heute morgen mit der Frage, wie sich das Schicksal der Fürstenauseinandersetzung weiter gestalten soll. Die Regierungsparteien geben dabei dem Wunsche Ausdruck, diese Angelegenheit im Herbst doch noch zu einer Lösung zu bringen, die Rechte dagegen hegt die Hoffnung, daß sie nunmehr endgültig begraben sei.

Das „Berliner Tageblatt" schreibt:

Was soll nun geschehen? Die Reichsregierung hat erklärt, daß sie erst dann wieder eingreifen will, wenn die politische Lage die parlamentarischen Voraussetzungen für ein Fürstengesetz geschaffen hat. Ein Fürstengesetz mit den Deutschnationalen kommt nicht in Betracht. Die Fühlungnahme mit den Regierungsparteien, die die Deutschnationalen noch vor der Plenarsitzung versuchten, blieb ohne jeden Erfolg. Das hat auch die Rede des Grafen Westarp wieder nachgewiesen, und deshalb war es nützlich, daß die sonst ganz überflüssigen Reden der beiden Oppositionsvertreter noch gehalten wurden. Es bleibt also nur die Verständigung von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie. Daß diese Verständigung gestern gescheitert ist, daran tragen die Sozialdemokraten die Schuld, und vermutlich haben schon die Erlebnisse des gestrigen Tages die Zahl derer unter ihnen vermehrt, die dieses Ergebnis bedauern. Nach den Parlamentsferien wird man sich schleunigst wieder zusammensetzen müssen. Die Zeit drängt. Man wird sich vor allem klarzumachen haben, daß die Fürstenabfindung, so wichtig sie ist, nicht die einzige und nicht einmal die wichtigste unter den großen innerpolitischen Fragen ist, und vor allem, daß auch sie eingeordnet werden muß in die Gesamtpolitik, die man zu verfolgen gedenkt.

Die „Vossische Zeitung":

Noch besteht die Möglichkeit, die Fehler wieder gut zu machen. Da das Sperrgesetz bis zum 31. Dezember verlängert ist, hat man sechs Monate Zeit, um doch eine reichsgesetzliche Regelung der Fürstenabfindung zu schaffen. Man wird freilich den umgekehrten Weg einschlagen müssen: erst eine Mehrheit sicher haben und dann eine neue Regierungsvorlage einbringen. Das Kabinett Marx will sich jeder Initiative begeben, solange nicht die parlamentarischen Voraussetzungen für die Annahme eines Abfindungsgesetzes gegeben sind. Jetzt haben wieder die Parteien das Wort. Der Reichstag wird heute in die Ferien gehen, und wie die Zeit alle Wunden heilt, wird sie auch alle Sünden wegwaschen, die in den letzten Wochen politisch-parlamentarisch begangen worden sind. Im Herbst aber wird man hoffentlich begreifen, daß es nicht so wichtig ist, ob man ein paar hunderttausend Stimmen mehr oder weniger hat, auch nicht so wichtig, ob die ehemaligen Fürsten eine Vase mehr oder weniger bekommen; daß die ganze Frage der Fürstenabfindung sich unendlich gewandelt hat, aus einer juristischen Streitsache das große innerpolitische Problem geworden ist; daß die Entscheidung über das Abfindungsgesetz auch gleichzeitig die Entscheidung darüber bedeutet, wie und mit wem in den nächsten Jahren in der deutschen Republik regiert werden wird.

Die „Nationalliberale Korrespondenz" rechtfertigt die Haltung der Volkspartei, um zum Schluß zu sagen:

Damit ist nicht gesagt, daß die unbefriedigende Erledigung dieses Problems etwa einen Ruhepunkt geschaffen hätte. Wir fürchten vielmehr, daß der Kampf noch lange nicht zu Ende ist. Vielleicht geht manchem, der heute den bequemen Weg der Opposition gegangen ist, noch einmal die Erkenntnis auf, daß die Vorschläge der Regierungsparteien die relativ beste Lösung gewesen wären. Wenn bis zum Herbst in den Reihen der Opposition ein Wandel nach dieser Richtung eintreten sollte; so werden die Regierungsparteien sicher bereit sein, den Versuch einer reichsgesetzlichen Regelung von neuem zu unternehmen.

Die in diesem Falle wohl volksparteiliche „Tägliche Rundschau" erklärt:

Der Ausgang der gestrigen Reichstagsverhandlungen kann niemanden befriedigen. Die große Wolke der Auseinandersetzung mit den Fürsten bleibt über der deutschen Oeffentlichkeit hängen. Die Regierung tat zwar einen sehr glücklichen Griff, als sie nach der Rede des Grafen Westarp den Reichstag davor bewahrte, sich in unnötigen Abstimmungen, deren Ergebnis doch schon feststand, tot zu laufen, und eine Rede des Herrn Thälmann, wie die bereits angekündigte Auseinandersetzung des Herrn Koch mit dem Grafen Westarp noch anhören zu müssen. Aber es bleibt bei alledem doch ein bitterer Geschmack übrig. Es ist schwer, über die Dinge, die in den letzten Tagen vor sich gegangen sind, Klarheit zu gewinnen. So, wie die Dinge heute liegen, kann man nur sagen, daß wir uns weiter mit diesem Problem quälen müssen, und daß der Herbst vielleicht die Lösung bringen wird, daß dann aber die ungelöste Frage der politischen Geschäftsführung wieder vor uns steht.

Für das Zentrum setzt die „Germania" auseinander, daß weder ein Auflösung noch ein Rücktritt der Regierung möglich gewesen sei. Zur Auflösung habe die klare Frontstellung gefehlt, eine Demission aber hätte eine unentwirrbare Lage geschaffen, da die deutschnational-sozialdemokratische Opposition doch keine Regierung bilden könne. Auch die „Germania" versichert zum Schluß:

Das Gesetz über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung ist gescheitert. Aber unser Wille, diese leidige Angelegenheit doch noch zu einem guten Ende zu führen, ist nicht gebrochen.

Wesentlich anders klingen die Stimmen von rechts. Der Fürstenanwalt Everling erklärt in der „Kreuzzeitung":

Die preußische Regierung, die sich aller Möglichkeiten einer künstlich geschaffenen politischen Situation rücksichtslos bedienen wollte, steht jetzt nach einem bedauernswert überflüssigem Umweg, nachdem das Gesetz in der Versenkung verschwand, wieder auf dem Punkt vom 12. Oktober 1925 und sollte die Folgerungen daraus ziehen. Sie kann das leicht tun, da der Vergleich, in dem das Königliche Haus auf 83 Proz. seines Besitzes verzichtete, ausgearbeitet (und schon unterschrieben) vorliegt. Sie muß das bald tun, wenn ihr wirklich daran liegt, die Angelegenheit zu „bereinigen", wozu das Königliche Haus schon Anfang 1920 die Möglichkeit gab, und die Ruhe wieder herzustellen, auf die unsere jetzt viel zitierte „Allgemeinheit", unser schwer leidendes Volk Anspruch hat.

Aehnlich die „Deutsche Tageszeitung":

Die Inkonsequenz der Regierung ist an sich bedauerlich, aber sie wird dadurch gemildert, daß immerhin für Staaten und Fürsten der Weg des Vergleiches und damit der Regelung durch die Landesparlamente offenbleibt. Es könnte also möglich sein, daß der Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt im Herbst alle Ursachen des gegenwärtigen Haders aus dem Wege geräumt findet, aber es kann ebenso gut möglich sein, daß gerade die Regierung, auf die es in erster Linie ankommt, für den Weg der Vernunft zur Beruhigung der künstlich aufgeputschten öffentlichen Erregung nicht zu haben ist. Dann stehen wir vor neuen Stürmen, die unter Umständen genau die gleichen Situationen schaffen, denen die Regierung eben durch die Zurückziehung des Gesetzes zuguterletzt gerade noch entgangen ist.

Und die „Deutsche Zeitung" vertieft das Thema Preußen in der bekannten Weise:

Möglich, daß sich gewisse Auswirkungen auf die Verhältnisse in Preußen zeigen werden, wenn es auch verfrüht sein mag, schon von einer „Sprengung der Preußen-Koalition" zu reden. Wir sehen jedenfalls der Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegen. Sollten dabei die Herren Braun und Severing in den wohlverdienten Ruhestand befördert werden, so soll uns das nur willkommen sein

Die „Rote Fahne" hat prophezeit, daß die SPD.-Verräter das Fürstenkompromiß annehmen werden. Nun haben sie abgelehnt, aber natürlich bleiben sie doch Verräter. Sie sind „Wegbereiter der Hindenburg-Marx-Diktatur". Ihr „völliger Bankrott" stehe vor aller Augen:

Doch trotzdem wollen die SPD.-Führer diese Politik fortsetzen. Die gestrige Erklärung Wels' im Reichstag stellte der Marx-Regierung die Mithilfe der SPD. für das neue Fürstenkompromiß, das im Herbst eingebracht werden soll, in Aussicht. Wels erklärte sich gegen die Enteignung der Fürsten. Die SPD.-Führer wollen auch nichts vom außerparlamentarischen Kampf gegen das Marx-Hindenburg-Regime wissen.

Aber nach diesen Erfahrungen soll den koalitionslüsternen SPD.-Führern dieser Verrat nicht mehr gelingen. Das werktätige Volk sieht, daß die bürgerliche Demokratie nichts als Schwindel ist. Es sieht, mit welchen Mitteln die Marx-Hindenburg regieren. Jetzt weiß jeder Arbeiter, daß die Raubpläne der Hindenburg-Marx nur durch den außerparlamentarischen Kampf abgewehrt werden können.

Wir dächten, den „außerparlamentarischen Kampf" hätten wir beim Volksentscheid geführt. Was soll „außerparlamentarischer Kampf" wohl sonst bedeuten?

Da eben, wo Begriffe fehlen,
Da stellt zur rechten Zeit ein Wort sich ein.

Meineidsverfahren gegen Hitler.

Innenminister a. D. Dr. Schweyer als Zeuge.

München, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das von der Münchener Staatsanwaltschaft bereits Ende 1925 eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen Hitler und Esser wegen Verletzung der Eidespflicht — es handelt sich um die hoch- und landesverräterischen Bestrebungen der Hitlerschen Kampfverbände am 1. Mai 1923 — hat nunmehr zur Eröffnung eines vorläufigen (?) Meineidsverfahrens geführt. Der Untersuchungsrichter hat bereits eine Reihe von Zeugen vernommen, darunter auch den damaligen Polizei- und Innenminister Dr. Schweyer.

Da nun das Verfahren seinen ordentlichen Gang zu nehmen scheint, ist im Interessen einer vollen Aufklärung jener Vorgänge die Frage angebracht, ob durch die Nichtinhaftnahme der Beschuldigten nicht Verdunkelungsgefahr gegeben ist. In ähnlich gelagerten Fällen pflegen die Justizbehörden einer solchen Gefahr stets vorzubeugen. Infolgedessen läßt sich der Verdacht nicht unterdrücken, daß die seit Jahren im bayerischen Justizministerium sitzenden Gönner Hitlers, an ihrer Spitze der deutschnationale Justizminister, selbst einen entsprechenden Einfluß ausgeübt haben. Für diese Annahme gibt es auch noch andere Anhaltspunkte.

Das kanadische Parlament in Ottawa ist am Freitag aufgelöst worden. Die nach dem Sturz des liberalen Kabinetts neugebildete konservative Regierung blieb bei der Abstimmung über das Mißtrauensvotum sofort mit einer Stimme in der Minderheit. Da sich die Möglichkeit zur Bildung einer anderen Regierung nicht ergab, wurde das Parlament vertagt und jetzt aufgelöst.

In Freiheit und Sparsamkeit.

Schönredner des Faschismus.

Lugano, Ende Juni.

Die Regierungen scheinen mit den Individuen die Eigentümlichkeit gemein zu haben, gern für das gelten zu wollen, was sie nicht sind. Leichtsinnige Frauen haben es gern, wenn man ihnen einen soliden Lebenswandel nachsagt, während die biedere Familienmutter sich in ihrer Eitelkeit geschmeichelt fühlt, wenn man ihr ein galantes Abenteuer anhängt. So legt Italien heute Wert darauf, als ein Land mit freiheitlichem Regime und mit strengen Sitten und altrömischer Sparsamkeit zu gelten und buhlt um diesen Ruf, wie eine Lebedame um den der Unbescholtenheit.

So schreibt in einem römischen Faschistenblatt jüngsten Ankaufs ein Senator Corradini:

„Wer will im Ernst behaupten, daß in Italien die Freiheit fehlt? Gedankenfreiheit haben wir. Der letzte Freidenker starb an Lächerlichkeit, weil wir alle uns immer frei gefühlt haben, zu denken, was wir wollen, vorausgesetzt, daß wir Gedanken hatten. Wir haben Freiheit der Wissenschaft. Will vielleicht irgend jemand daran zweifeln? Wir haben religiöse Freiheit. Ja, wir haben heute endlich auch die Freiheit für die Religion, für die gottesdienstliche Handlung; die Freiheit für Jesus Christus, aus der Kirche ins Freie zu gehen. Wir haben die Freiheit zu gehen und zu bleiben, zu tun und zu lassen, zu arbeiten und nicht zu arbeiten (leider gibt es auch diese letzte Freiheit); die Freiheit, jedes Handwerk, jede Kunst, jeden Beruf auszuüben, wir haben schließlich auch die Freiheit, zu besitzen, was uns gehört, ohne befürchten zu müssen, vom Volke enteignet zu werden. Wir haben, kurz gesagt, alle bürgerlichen und politischen Freiheiten."

Hier gibt uns der Autor ein ziemlich erschöpfendes Verzeichnis der Freiheiten und Rechte, die man im heutigen Italien nicht hat. Mit dem Recht des freien Gedankens steht es so, daß einem römischen Universitätsprofessor von dem jüdischen Rektor der Universität eine Disziplinarstrafe erteilt wurde, weil der Professor, auch ein Israelit, an der Einweihung der katholischen Universitätskirche nicht teilgenommen hatte. Die Freiheit der Wissenschaft ist so unbenommen, daß alle Universitätsprofessoren, die öffentlich erklärt haben, nicht Faschisten zu sein, ihres Lehramtes enthoben werden. Angefangen hat man mit dem Genossen Arturo Labriola.

Was Corradini „religiöse Freiheit" nennt und was für ihn mit der Gedankenfreiheit nichts zu tun zu haben scheint, haben wir in dem Sinne, als gelegentlich die Straßen der italienischen Städte stundenlang dem Verkehr entzogen werden, weil kirchliche Prozessionen stattfinden, aber unter dem weiten Mantel dieser religiösen Freiheit hat sich unlängst in Livorno ein faschistischer Ueberfall auf eine Prozession vollziehen können, bei dem sogar ein Priester mißhandelt wurde. Und dabei war der Bischof und das Sakrament im Zuge und erschien vielen Gläubigen so bedroht, daß man die Unterbrechung des Umzuges anriet.

Die Freiheit, zu gehen und zu bleiben, haben in vielen Fällen nur die, denen an einem endgültigen Abgang aus der Welt wenig gelegen ist. Noch heute gibt es in Italien Tausende und aber Tausende von Mitgliedern der Arbeiterparteien, die die Rückkehr in ihren Heimatsort mit dem sofortigen Tode büßen würden. Hat nicht im vorigen Monat ein Einheitssozialist Italien den Rücken kehren müssen, ohne von seinem achtzigjährigen Vater Abschied nehmen zu dürfen? Und die Freiheit zu arbeiten? In Molinella sind 1000 — sage und schreibe tausend — den freien Gewerkschaften angehörige Arbeiter und Arbeiterinnen seit Monaten arbeitslos, weil sie nicht den faschistischen Syndikaten beitreten wollen. Und die Arbeit wird ihnen verwehrt, nicht nur von den Agrariern, sondern auch von dem öffentlichen Konsortium für die Bonifizierungsarbeiten. Und wie steht es mit dem Recht der beruflichen Tätigkeit? Wer nicht regierungsfromm ist, darf nicht Rechtsanwalt sein; eigene Kommissionen sind heute damit beschäftigt, alle aus den Berufsverzeichnissen zu streichen, die im Gerüch der Umstürzlerei stehen. Das Recht, zu besitzen, was einem gehört? Haben es etwa die Arbeiterkooperationen, deren Kapitalien die Regierung auf Grund des eigens zu diesem Zweck erlassenen Gesetzes vom 24. Januar 1924 eingezogen hat? Haben es die Redaktionen und die Individuen, in deren Häuser periodisch eingebrochen wird, um zu plündern und zu sengen? Hat es der Freimaurerorden, dessen Palast in Rom man für die Summe von 1 115 000 Lire enteignet, ohne damit auch nur den Bauplatz zu bezahlen?

Der langen Rede kurzer Sinn ist, daß all die schönen Freiheiten in Italien nur zugunsten der Faschisten existieren. Die Schreiber des Regimes sollten besser derartige Inventare von Sonderrechten nicht aufnehmen; je weniger man über sie spricht, um so besser für den guten Namen des Landes.

Wenn nun schon die Nicht-Faschisten die Freiheit nicht haben, so haben sie dafür den „schmalen Weg der Pflicht". Wieviele Versuchungen sind ihnen nicht erspart! Ihre Banken machen nicht bankrott, aus dem einfachen Grunde, weil alle leitenden Stellen an den italienischen Banken längst von Faschisten besetzt sind. Italien hat mindestens einen Banktrach in der Woche; der der „Banca popolare agricola" in Parma hat zu 27 Verhaftungen geführt, lauter Schwarzhemden der ersten Stunde, bis auf den Hauptmacher Lusignani, der momentan ausgeschlossen war. Und wie

schwer wird es nicht den Unternehmern und den faschistischen Hierarchen gemacht, sich dem nationalen Gebot der Sparsamkeit zu fügen! Viele Textilfabriken verteilen in diesem Jahre 40 Proz. und darüber an Dividende, die Quecksilberwerke von Monte Amiata gar 60 Proz.! Bei dem Mailänder Pferderennen vom 20. Juni verzeichnete man Wetten für den Betrag von 30 Millionen Lire. Das überschreit etwas grell die Sparsamkeitslitanei der Minister der Finanzen und der Volkswirtschaft. Man möchte fast die verfluchte Opposition dafür verantwortlich machen, wenn sie nicht zermalmt, zerstäubt, verwest usw. wäre, und außerdem — dank der schon erwähnten Freiheiten — authentisch arm und mittellos.

Um die Schlußorgien der heute abklingenden Gründerzeit mit der pflichtschuldigen Sparsamkeit zu vereinigen, die die Valutasorgen fordern, haben wir zum Glück die hierarchische Gliederung. Die Schicht derer, die die 40- bis 60prozentigen Dividenden einstreichen und Millionen verwetten, ist sauber abgetrennt von dem Arbeiterpack, auf dessen Sparsamkeit es ja eigentlich ankommt. Die italienischen Spinnereien haben beschlossen, der Gefahr der Ueberproduktion und Preisverminderung vorzubeugen, indem sie vorläufig für einen Monat ihre Fabriken jeden sechsten Tag schließen. Weitere Betriebseinschränkungen stehen bevor. Dabei wird alles teurer. Das Pack kann Gott danken, daß man ihm seine nationale Pflicht so leicht macht. Wie viel schwerer haben es die Faschisten, denen sich Amt auf Amt und Einkommen auf Einkommen türmt.

Auf dem Gebiet der Rechtspflege, das sich nicht gut unter die Rubrik der Freiheit und auch nicht unter die der Sparsamkeit bringen läßt, haben wir den Freispruch des Senators Lucchini durch die Voruntersuchungskommission des Senats; Lucchini hatte in seiner „Rivista Penale“ eine Rede Mussolinis abgedruckt mit der Bemerkung, daß er es um ihres „kriminologischen Interesses willen“ täte. Der Freispruch erfolgte, weil die Bemerkung „in den Bereich der juridisch-wissenschaftlichen Beurteilung“ falle; auch wurde die beleidigende Absicht in Abrede gestellt. Die Voruntersuchung Zaniboni schneckt ihrem Abschluß entgegen. Die Anklageschrift des Oberstaatsanwalts, die die Eröffnung des Hauptverfahrens beantragt, enthält kein einziges Element, das nicht schon in den ersten Tagen nach der Verhaftung Zanibonis bekannt geworden wäre. Sogar die Anklage wegen Führung eines falschen Namens ist in Wegfall gekommen, denn offenbar konnte Zaniboni in einem Hotel, wo er seit Jahren bekannt war, nicht unter falschem Namen logieren. Auch das schon im Anschlag liegende Gewehr ist verflüchtet, wie der ausgesägte Fensterladen. Das Gewehr stand in einer Ecke, der Fensterladen war angelegt. Es wird fast ein ebenso großes Kunststück sein, hier das Material zur Anklage zu finden, wie es beim Prozeß gegen Dumini und Genossen war, Entlastungsmaterial zu schaffen. Genau besehen, muß man die italienische Rechtspflege der faschistischen Aera mehr unter der Rubrik der Freiheit als unter der der Sparsamkeit unterbringen.

Aus dem Lande der „Freiheit und Sparsamkeit“.

Bei dem diesjährigen Herbstmanöver werden 2000 Reserveoffiziere einberufen.

Eine sechstausendköpfige „Forstmiliz“ wurde ins Leben gerufen.

Gegen den Journalisten und Zeitungsverleger Filippo Naldi, der bereits in den Matteotti-Prozeß und neuerdings in einen Bankkrach verwickelt war, ist Haftbefehl erlassen. Doch soll es Naldi bereits gelungen sein, nach Frankreich zu flüchten.

Die Mussolini-Attentäterin Miß Gibson wird jetzt in die römische Provinzialirrenanstalt übergeführt. Bekanntlich hatte der faschistische Pöbel die ärgsten Gewalttaten gegen die Person und das Eigentum von Oppositionsführern verübt, obwohl es von Anfang an klar war, daß es sich um die Einzeltat einer Geisteskranken handelte.

Die italienische Währung hat jetzt einen neuen Tiefstand erreicht: das Pfund war gestern 140 Lire wert. (Vor 6 Wochen noch 120.)

Der Tag von Königgrätz.

3. Juli 1866.

Heute jährt sich zum sechzigstenmal der Tag, an dem Preußen durch seine Sieg bei Königgrätz die deutsche Frage in seinem Sinne löste. Oesterreich wurde aus dem Deutschen Bund hinausgedrängt und damit die Vormachtstellung Preußens begründet. Der alte Kampf zwischen zwei „Hausmächten“ um die Hegemonie in Deutschland war damit endgültig entschieden. Vier Jahre später drückte Bismarck dem widerstrebenden Preußenkönig in Versailles die deutsche Kaiserkrone aufs Haupt.

Was durch Blut und Eisen geschaffen wurde, ist durch Blut und Eisen wieder zerstört worden. Weltenstürme sind über das damals Geschaffene hinweggebraust. All das, was vor sechzig Jahren war, die Handel und Händel des deutschen Gottesgnadentums, der Bruderkrieg zwischen deutschen Stämmen, die Methoden der Kriegsführung, mutet uns beinahe schon vorgeschichtlich an.

Und doch ist der Kampf der Geister, der vor zwei Menschenaltern geführt wurde, noch nicht ganz zu Ende. Das demokratische Großdeutschtum kämpfte damals — nach 1848 nur noch mit schwachen Kräften — für ein großes, freiheitliches Deutschland, das alle seine Stämme unter seiner Fahne, der schwarzrotgoldenen, vereinigte. Wer vermag zu sagen, wie sich Europas Schicksal gestaltet hätte, wenn es gelungen wäre, ein einiges Deutschland zu schaffen, das innerlich stärker und größer war und das, nicht so machtberauscht wie der preußische Militarismus, nicht so das Volk entzweiend wie das System der preußischen Reaktion, sich eine unantastbare Stellung in Mitteleuropa geschaffen hätte?

Aber über die kleindeutsche, die altpreußische Lösung hat die Geschichte ihr unwiderrufliches Urteil gefällt. Was bei Königgrätz und Sedan aufgebaut wurde, ist im Weltkrieg wieder in Trümmer gefallen, und die von Hause aus großdeutsch gerichteten Kräfte der Demokratie waren es, die trotz alledem die Einheit des Deutschen Reiches aufrechterhielten.

Bei Königgrätz wurde auch über das Schicksal wertvoller Teile des deutschen Volkes entschieden, das sich dann im Weltkrieg vollendete. Sie gerieten in die Rolle von Minderheiten in fremdnationalen Staaten. Einem andern Teil wurde gegen seinen Willen die Pflicht zu staatlicher Selbständigkeit außerhalb Deutschlands aufgenötigt. Und so ist es nur eine logische Folge der ganzen Entwicklung, daß es wieder die Kräfte der Demokratie sind, zu denen sich der politisch realisierbare Rest des großdeutschen Gedankens gerettet hat, denen die Wiedervereinigung mit dem rein deutschen Kernstück Alt-Oesterreich am Herzen liegt.

Die Vorstellung, daß Berlin und Wien die Zentren zweier gegeneinander kriegführenden Mächte sein können, erscheint uns heute geradezu widersinnig. Königgrätz ist gewesen und kann nie wieder sein. Schade nur, daß die Stadt Berlin die gute Gelegenheit versäumt hat, der Königgrätzer Straße, bei der einst altpreußischer Takt den ehemaligen österreichischen Kaiser bei seinen Besuchen in der deutschen Reichshauptstadt aussteigen ließ, einen andern Namen zu geben. Trösten wir uns damit, daß es trotz der „Königgrätzer Straße“ keine Straße gibt, die nach Königgrätz zurückführt!

Nichts gelernt. Die Niederlage, welche die Justizverwaltung im Falle Hoefle mit ihrem Gefängnisarzt am Untersuchungsgefängnis Moabit erlitten hat, scheint noch nicht ausreichend gewesen zu sein. Sie hat dieselbe verantwortungsvolle Dienststelle mit einem in Pankow — also ebenso wie Dr. Thiele in stundenweiter Entfernung vom Gefängnislazarett — praktizierenden, 1923 approbierten Arzt als „Vertreter des Vertreters“ besetzt. Es ist anzunehmen, daß das fürsorgliche Justizministerium gleichzeitig verfügt hat, daß während dieser Zeit alle Zwischenfälle zu unterbleiben haben. Daß diese Behörde aber einen so jungen Arzt mit einer so hohen Verantwortung belastet, ist ein weiterer Beweis dafür, daß sie immer noch nichts gelernt hat und daß ihr die Beschlüsse des Landtages gleichgültig sind.

Völkische Verleumder.

Strafanzeige gegen das „Deutsche Tageblatt“.

Es geht nichts über die schmutzige Verleumdertaktik der völkisch-antisemitischen Presse. Das „Deutsche Tageblatt“ veröffentlicht heute die Zuschrift eines völkischen Reichstagsabgeordneten. Der Bursche selber ist zu feige, mit seinem Namen hervorzutreten, und überläßt die Verantwortung der Redaktion, die sich selber dann wieder auf den immunen Abgeordneten beziehen wird. Die Zuschrift beschäftigt sich mit dem Oberregierungsrat Fritz Schönbeck vom preußischen Finanzministerium. Es wird ihm vorgeworfen, daß er sich aus dem früheren kaiserlichen Vermögen bereichert habe. In der ganzen Notiz, die eine Spalte des sauberen Blattes füllt, befindet sich nicht eine einzige Zeile, die der Wahrheit entspricht. Für die niederträchtige Gesinnung dieser Banditen ist es kennzeichnend, daß sie die Adressen aller Familienangehörigen Schönbecks mitteilt. Selbstverständlich wird das Finanzministerium gegen das Verleumderblatt offiziellen Strafantrag stellen.

Ein vielsagender Vorbehalt.

Journalistische Methoden der „nationalen“ Presse.

Die „Deutsche Zeitung“ bringt in ihrer Freitagmorgen-Ausgabe einen Artikel über die spanische Verschwörung „von unserem H. J.-Berichterstatter“, datiert: Madrid, 29. Juni. Der Verfasser schildert darin das Wesen der Offiziersjunten, dieser politisierenden und putschistischen Offiziersverbände, denen er natürlich grundsätzlich sehr sympathisch gegenübersteht, nur weiß er nicht recht, wie er sich in diesem Fall zu ihnen stellen soll, da sie sich jetzt gegen eine militärische Diktatur verschworen haben. Und so schreibt er am Schluß:

> „Um so bedauerlicher wäre es — **soweit sich die Dinge von hier aus verfolgen lassen** — wenn sie sich jetzt zum Werkzeug einiger abgewirtschafteter Politiker aus der Zeit des Cortes machen . . .

Datiert ist der Artikel aus Madrid. Geschrieben wurde er offenkundig in Berlin. Anders wäre nämlich dieser Vorbehalt „Soweit sich die Dinge **von hier aus** verfolgen lassen“ (!!) garnicht zu erklären. Oder sollten sich die spanischen Angelegenheiten besonders schwer von Madrid aus verfolgen lassen? Wenn schon das alldeutsche Blatt journalistische Hochstapelei betreibt, dann sollte es dabei etwas weniger plump verfahren und solche Wendungen vermeiden, die den wahren Charakter ihrer „ausländischen Korrespondenten“ dem aufmerksamen Leser sofort verraten.

Schulrat Dudek verurteilt.

Polens Kampf gegen die deutsche Minderheit.

Kattowitz, 3. Juli. (TU.) Am gestrigen Freitag begann vor dem Landgericht in Kattowitz der mit großer Spannung erwartete Prozeß gegen den in Verbindung mit den Vorgängen bei dem Deutschen Volksbunde in Kattowitz verhafteten Schulrat a. D. Dudek, der von den polnischen Behörden des Verrates militärischer Geheimnisse angeklagt war. Nach Verlesung der Personalien des Angeklagten und Aufrufung der Zeugen und Erledigung der üblichen gerichtlichen Formalitäten beantragte der Staatsanwalt Ausschluß der Oeffentlichkeit, was auch vom Gericht nach kurzer Beratung genehmigt wurde. Die Urteilsverkündung erfolgte gegen 12 Uhr nachts. Das Urteil lautete wegen Verrates militärischer Geheimnisse auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. (Der Staatsanwalt hatte fünf Jahre Zuchthaus beantragt. Red.) Auf die bereits erlittene Untersuchungshaft wurde eine Zeit von vier Monaten und 19 Tagen in Anrechnung gebracht. Auf Antrag des Verteidigers bewilligte das Gericht die Freilassung gegen eine Kaution von 50 000 Zloty.

Ehrung für die tschechischen Turner. Die italienisch-faschistische Abordnung hat ihre frühere Zusage, am tschechischen Sokolkongreß in Prag teilzunehmen, widerrufen.

Coué.

Dr. Emil Coué ist im Alter von 69 Jahren in Nancy gestorben.

Einer der populärsten Männer der gesamten Kulturwelt ist mit Emil Coué dahingegangen. Nicht nur Europa, auch Amerika betete das Evangelium nach, das er lehrte: „Es geht mir von Tag zu Tag in jeder Hinsicht immer besser und besser.“ Aus allen Teilen der Welt kamen Patienten zu dem kleinen, bescheidenen Apotheker nach Nancy, um wundergläubig bei ihm Heilung zu finden.

Dabei war Coué selber der letzte, der seine Lehre mit geheimnisvollen Mysterien umgab. Er erklärte, nichts anderes als das Unterbewußtsein, die Phantasie sei der wirksamste Heilfaktor. Der Mensch sei oft nicht krank, weil seine Organe versagen, sondern seine Organe versagen, weil er sich krank glaubt. Dabei stritt jedoch Coué keinesfalls die tatsächlichen Krankheiten ab; aber die Furcht, von der Phantasie genährt, sollte sie nach den Theorien seiner Lehre verschlimmern. Hier griff er mit seinem berühmten Satz ein; die Gedanken an Gesundung sollten so stark dadurch geweckt werden, daß der Wille, daß die Kraft des Körpers schließlich siegen.

Keinesfalls lehnte Coué eine medizinische Behandlung ab. Sie durch seine Lehre zu unterstützen aber war sein Bestreben, und daß er damit Erfolge erreicht hat, ist unzweifelhaft. Man braucht nur an die Depressionen zu denken, denen viele chronisch Kranke, z. B. Lungenleidende, oft ausgesetzt sind und die jeder andere Arzt fast ebenso wie die Krankheit selbst fürchtet, um den Segen der Methode Coués zu ermessen. Der Mensch suggeriert sich den Gedanken: ich werde gesund — und der Appetit hebt sich, die Stimmung bessert sich, der Schlaf wird ruhiger. Oft ist damit schon der Weg zur Heilung einer Krankheit beschritten.

Aber aus Nancy wurden auch Heilungen gemeldet, die an die Wunder der katholischen Kirche erinnern; Lahme gehen, Taube hören, Aussätzige werden gesund. Nun, wir leben in einem übernervösen Zeitalter, und Ausschlag, Lahmheit und Taubheit sind zuweilen nur Aeußerungen eines überreizten Nervensystems, das dann auf die Beruhigungen des Couéschen Wundersatzes reagierte. Aber die Patienten, deren einziges Heilmittel eben ihr Glaube an die Autorität Coués war, beteten ihn dann wie einen Heiligen an.

Coué, dessen Lehre ja eigentlich ein Bestandteil der gesamten modernen Medizin — nicht nur der Psychatrie ist, hat nie versucht aus seinen persönlichen Erfolgen Kapital zu schlagen. Wer zu ihm hinkam, wurde behandelt; hatte er Geld, so konnte er dafür bezahlen, hatte er keines, so war die Behandlung unentgeltlich. Nicht zuletzt diese menschenfreundliche Eigenschaft hat die Popularität Coués begründet.

Und nun ist er plötzlich gestorben. Es ist noch nicht bekannt geworden, unter welchen Umständen, Aber es ist anzunehmen, daß er selber nicht lange krank war; denn noch vor nicht allzu langer Zeit kam die Nachricht, daß er eine Vortragstournée nach Amerika abgeschlossen habe. Sicher ist, daß viele Menschen ihm nachtrauern werden.

•

Emil Coué stammte aus Troyes in Frankreich, wo seine Eltern in sehr bescheidener Lage lebten. Nachdem er in Paris Pharmakologie studiert hatte, war er dreißig Jahre lang Apotheker in seiner Heimatstadt, bis er vor einigen Jahren mit seinem Werk „Die Selbstbemeisterung durch Autosuggestion“ hervortrat und seine Lehre auf zahlreichen Vortragsreisen verbreitete. Er hatte sich inzwischen in Nancy ansässig gemacht, das schon vor ihm der Boden für psychiatrische Berühmtheiten war. Bernheim, ein Lehrer Freuds, wirkte hier; vor ihm Liébault, der gleichfalls sich auf diesem Gebiet einen Namen erwarb. Coué bildete zahlreiche Schüler aus, die seine Lehre verbreiteten. Die Grundgedanken seiner Lehre finden sich bereits bei Kant, Hufeland und Feuchtersleben.

„Die leichte Isabell“. Im Staatlichen Schiller-Theater ist die Sommer-Saison glücklich eröffnet. Das Publikum zeigt sich um so dankbarer, als der Berliner Humor und die Berliner gutmütige Schnauze in dem Schwank von Zerlett eine Hauptrolle spielt. Während in der vorigen Sommerzeit das Couplet „Durch Berlin fließt immer noch die Spree“ einschlug, tat es diesmal der Berliner Refrain „Komm' doch in den Grunewald“. Auch der Aktschluß zeigte wieder eine ähnliche Idee der Wanderung auf Drehbühnen. Das ist etwas für Berlin und seine sommerlichen Leute. Die Musik Robert Gilberts ist sehr sanft und bekömmlich und sehr abhängig vom Cliché der üblichen Tänze. Der Inhalt des Stückes erinnert an eine wahre Begebenheit, daß nämlich Zigarrenhändler ihr Geschäft durch ein sonderbares Lotteriespiel zu heben suchen. Wer in der Zigarre, die den Namen „leichte Isabell“ führt, das Los findet, der erhält 100 000 Mark, ein Landhaus und die reizende Isabell aus Perleberg. Der sich meldet, ist eine Ausgeburt von Häßlichkeit, er kommt ausgerechnet von Johannisburg. Na, schließlich kriegen sich die Richtigen doch. Gespielt wurde sehr lustig um die entzückende Grete Mosheim herum. Den Löwenanteil am Erfolg hatten neben ihr der urechte, kesse Berliner Junge Fischer-Köppe und Paul Heidemann. Auch Kaiser-Tietz, Engers, Ledebour und Erika Rymgau gefielen allenthalben. Die Musikeinlagen dirigierte Hermann Stock.
K. S.

Strindberg im Residenz-Theater. „Fräulein Julie und Die Stärkere“ war als Premiere des Residenz-Theaters in den meisten Blättern angezeigt, und man erwartete irgendeinen Ulk nach Strindberg. Es kam viel schlimmer: was man zu sehen bekam, waren die beiden bekannten Einakter des tragischen Nordländers, der sein Leben lang um das Problem „Weib“ rang, der es in seinen Werken wie in seinem Leben in immer neuer Beleuchtung schillern ließ, ohne daß es dadurch für ihn je etwas anderes wurde, als was es eben war — ein Problem. Aber es verschob das dramatische Gleichgewicht in seinen Bühnenwerken. Nicht die Handlungen sind hier das Vorwärtstreibende, sondern die Reflexe, die Zwischentöne, die Nüancen, die ohne Ruck, gleichmäßig und unsichtbar wie die Zeiger einer Uhr das Geschehen weiterrücken — nicht einem Ziele zu, sondern im ewigen Kreise. Sehr differenzierte Menschen müssen auf der Bühne stehen, um die unwägbaren Dinge, auf denen diese Werke balanzieren, den Zuschauern fühlbar zu machen, zumal heute, wo Strindbergs Probleme uns im wirklichen Leben kaum noch Probleme darstellen. Die Bergner hat vor Jahren in den Kammerspielen immerhin eine Stunde lang die Zuschauer als „Fräulein Julie“ erschüttern können; Maria Neukirchen im Residenz-Theater vermag das nicht. Sie ist gewiß keine unbegabte Schauspielerin, und in einem festen Ensemble würde man wahrscheinlich an ihrer Entwicklung manche Freude haben; so, auf sich selbst gestellt — denn die Regie Willy Gernhardts ist keine —, in einer Rolle, die ihr meilenfern liegt, spielt sie einigermaßen routiniert Theater; nichts weiter. Walter Süßenguth als Diener scheint Filmerfahrungen zu haben, die er aber noch nicht recht verwerten kann; nur Ea von Carlberg trifft manchmal, aber auch nur manchmal, glaubhafte Töne. Ueber die vorausgegangene Szene „Die Stärkere“ sei der eiserne Vorhang christlicher Nächstenliebe gebreitet.
Sz.

Das Theater in der Klosterstraße hat sich auch eine Sommerspielzeit zugelegt und eröffnet sie mit der Komödie „Scampolo“ von Dario Niccodemi. Das Stück wirkt wie ein altes Lustspiel mit rührseligen Gemütsattacken und einem schüchternen Ausflug ins Ordinäre. Mittelpunkt ist ein mit allen wertvollen Tugenden ausgestattetes Kind der Straße, das, mit Keßheit begabt, alle Mannsleute auf Kosten ihrer legitimen und illegitimen Gefährtinnen ins Garn lockt. Einer bleibt dann schließlich gerührt an diesem verkannten Edelstein hängen. Durch das Theater wehte ein süßlich fader Duft von Gartenlaube und das Publikum lachte und schluchzte, wie's eben kam. Die Darstellung war „redlich bemüht“, aber es langte nicht für ein anständiges Niveau.
K.

Urania-Vorträge. Mont., Mittw., Freit., Sonnt. (5,9), Dienst., Donnerst., Sonnab. 5,7): „Süd-Tirol im Film“. — Mont., Mittw., Freit., Sonnt. (7), Dienst., Donnerst., Sonnab. (9): „23 Jahre im brasilianischen Urwald unter deutschen Kolonisten“.

Das Germanische Museum in Nürnberg veranstaltet Ende August Lehrgänge für Gymnasial-, Oberreal- und Realschullehrer aus dem Bereich der deutschen Kunst- und Kulturgeschichte.

Ein internationales wissenschaftliches Erziehungsbureau. Das Institut Rousseau in Genf hat ein wissenschaftlich eingestelltes Erziehungsbureau eröffnet. Leiter ist Prof. Bovet von der Universität Genf. Das Bureau soll einen Sammelpunkt bilden für Dokumente aller Art, die sich auf Erziehungswesen beziehen. Ferner soll es Rundfragen auf experimentellem und statistischem Gebiete durchführen, und dadurch unmittelbar beitragen zur Lösung von Fragen der Kinderpsychologie, der Pädagogik, der Prüfungen. Es will schließlich als vermittelnde und verbindende Stelle zwischen Einrichtungen und Gesellschaften dienen, die sich mit den gleichen Problemen beschäftigen.

Fortschritte der Keuschheit in Mussolinien. Zu Beginn der Badesaison haben die Präfekten von Genua und Ancona sowie einige andere Badeorte strenge Verfügungen gegen „unanständige oder zu verwegene Badeanzüge“ erlassen. An einigen Orten wurde außerdem verboten, in Badeanzügen oder Bademänteln den Strand zu verlassen und darin Tanzsäle oder Kabinen zu betreten, was bisher in italienischen Badeorten gestattet war.

Preußische Forstverwaltung.

Aus der Staatsbank.

Der Landtag setzt die dritte Etatsberatung mit der Aussprache zum

Forstetat

fort.

Abg. **v. Treskow** (Dnat.) betont, daß alle Parteien sich darüber klar seien, daß die im Forstetat eingesetzten 70 Millionen gar nicht gebraucht würden. Trotzdem seien die deutschnationalen Anträge auf entsprechende Abstriche abgelehnt worden. Der Minister möge sich darüber äußern, was er mit den überflüssigen Mitteln beim Forstetat anfangen wolle. Redner fordert die Unterbindung der inflationistischen Holzeinfuhr aus Polen, und tritt besonders für die ostpreußische Land- und Forstwirtschaft ein.

Abg. **Graf zu Stollberg** (D. Vp.) befürwortet die Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Forstbeamten- und Organisationsfragen, und wendet sich gegen die Tarifpolitik der Eisenbahn besonders in bezug auf Ostpreußen. In der Frage der Holzeinfuhr aus Polen ist ein Ausgleich der verschiedenartigen Interessen notwendig.

Abg. **Schmelzer** (Ztr.) weist darauf hin, daß eine praktische Parlamentsarbeit nicht möglich sein werde, wenn jede Beamtengruppe ihre Sonderinteressen mit allen Mitteln durchsetzen wollte. Es ist ein Skandal, daß die Reichsbahn das polnische Grubenholz zu Ausnahmetarifen nach dem Ruhrgebiet verfrachte. Durch schlechten Zollschutz ist die deutsche Gerbstoffindustrie zum Erliegen gebracht, ein ähnliches Schicksal droht den Sägewerken. Die Regierung müsse auf dem Gebiete der Forstwirtschaft mit Anregungen voranschreiten.

Abg. **Müller-Frankfurt** (Komm.) setzt sich für eine bessere Bezahlung und Behandlung der Forstarbeiter ein und verurteilt scharf die Maßregelung von Forstarbeitern, die sich am Volksentscheid beteiligt haben.

Abg. **Barteld** (Dem.) erklärt zu der Forderung der Deutschnationalen, die Grenze gegen die Holzeinfuhr aus Polen zu sperren, hier sei nicht der preußische Landwirtschaftsminister zuständig, sondern dies sei Sache des Reichs. Im übrigen könne man die Frage nicht einzeln, sondern nur im Gesamtrahmen eines Handelsvertrages regeln. Zu bedauern sei die Ablehnung des Antrags auf Verminderung der Zahl der Oberforstmeister. (Zurufe bei den Deutschnationalen.) Hier habe man wirklich sparen können. Dafür seien aber die Deutschnationalen nicht zu haben gewesen, weil sie an Einfluß zu verlieren glauben, wenn gerade Beamte in diesen Stellungen abgebaut würden. — Die erhöhten Beträge für die Erhaltung von Dauerweiden seien zu begrüßen.

Landwirtschaftsminister Dr. **Steiger** betont das Bestreben der Verwaltung, das staatliche Vermögen, das in den Forsten liegt, zu erhalten, auch in der Richtung, daß die Interessen der Waldarbeiter gewahrt werden. Was die Verhandlungen mit Polen angeht, so hat die deutsche Delegation die Forderung der Polen abgelehnt. Wir haben die Sätze der Vorkriegszeit zur Grundlage genommen, obgleich wir mit Rücksicht auf die veränderten Geldverhältnisse 30 Proz. mehr nehmen müßten. Wenn die Polen auf dieses Entgegenkommen nicht eingehen, so liegt die Schuld nicht bei uns. Den durch Hochwasser Geschädigten gegenüber übt die Forstverwaltung das größte Entgegenkommen.

Der Oberlandforstmeister äußert sich zu den Folgen des Forleulenfraßes.

Abg. **v. Treskow** (Dnat.) bemerkt, daß der preußische Landwirtschaftsminister in der Frage der Einfuhr aus Polen selbst seine Initiative zugesagt habe.

Abg. Graf **Garrier** (Dnat.) bezeichnet es als tief bedauerlich, daß durch die Holzeinfuhr aus Polen der preußische Forstfiskus und der Privatbesitz schwer geschädigt, und daß gegen diese Ausfuhr nicht mehr geschehen sei.

Damit ist der Forsthaushalt erledigt; es folgt die Beratung des Gestütetats.

Bitte drei Mark mehr!

Es gibt in jeder Stadt gewisse Gradmesser für den Reichtum und die Armut der Bewohner. Eine der besten und sichersten Auskunftsstellen in dieser Beziehung sind die Pfandhäuser. Wir brauchen kein Schauspielhaus zu besuchen, um eine rührselige Stimmung zu bekommen. Eine Stunde als Beobachter in einem Pfandhaus und wir erleben ein tiefgreifendes Trauerspiel des Lebens! Nicht die verlotterte, verkommene Gestalt, wie sie uns Zille zeichnet, begegnet uns hier. Verschämte, verhärmte, verbissene Armut steht vor uns in schlichten Gewändern, die ehedem teuer waren. Betrachten wir die teilweise vom Leid geadelten Gesichtszüge dieser Frauen, die stundenlang am Warenabgabeschalter stehen, Frauen, deren Leben keine Freuden kennt, deren Hände von Arbeit, deren Augen nur von Sorgen und Madonnentum sprechen. Ein alter vergrämter Mann steht im abgetragenen, aber trotzdem sauberen Anzug stumpf und müde da. Einst hatte er ein ansehnliches Sparkassenkonto als Resultat eines mühseligen, arbeitsreichen Lebens, ausgefüllt von Pflichttreue und wieder Pflichttreue, besessen. Heute wandert eine Kostbarkeit nach der anderen ins — Pfandhaus. Dort die schmächtige, bleiche Frau mit den hektischen Zügen, schwer fällt es ihr, so lange warten zu müssen. Immer wieder preßt sie das Taschentuch an die blutleeren Lippen, um den bösen Husten zu dämpfen, jetzt im Sommer! Scheu blickt sie sich um. Wenn sie jemand von ihren ehemaligen Bekannten sehen würde. Die besseren Tage von einst. . . Wie lange ist es her, das langsame stetige Hinabgleiten in die Not und dazu die fratzenhafte Gestalt des Hungers, der an der Gesundheit wie ein Vampyr mit Freude festsaugt. Endlich kommt sie an die Reihe. Der Taxator schätzt mechanisch, gleichgültig. „Zehn Mark" — „Bitte drei Mark mehr, ich muß heute Miete bezahlen. . ." „Wollen Sie oder wollen Sie nicht?" Zehn Mark haben und nicht haben. . . Einen Moment nur zögert sie. Zitternd nimmt sie den Ausweisschein in die Hand. Und so betteln und bitten Dutzende mit flehentlicher Miene um eine Mark, ja um ein paar Pfennige mehr. Der Beamte, der oft gern helfen würde, muß hart bleiben. Meist erweist sich die Hoffnung, nach der abgelaufenen Frist sein Eigentum einlösen zu können, als trügerisch. Alle Kostbarkeiten wandern auf Nimmerwiedersehen zur Versteigerung.

Der Ferienverkehr auf der Reichsbahn.

Trotz des am ersten Ferientage, besonders am Nachmittag, einsetzenden Massenandranges, bleibt die Zahl der in die Sommerfrischen reisenden Ferienjahrer erheblich gegen die des Vorjahres zurück. Die allgemeine wirtschaftliche Notlage spiegelt sich hier in aller Deutlichkeit wider. Der gestrige Reiseverkehr ist zwar mit gut zu bezeichnen, doch ist auf keinem der fünf Kopfbahnhöfe jener große Ansturm wie zu Ferienbeginn des Vorjahres zu verzeichnen. Die Besetzung der fahrplanmäßigen Züge betrug durchschnittlich 80—90 Proz., teilweise etwa 100 Proz. Einzelne Vorzüge verließen nur halbt gefüllt, mit 50—60 Proz. Besetzung. Berlin. Außer den fahrplanmäßigen Zügen wurden von der Reichsbahn 21 Vorzüge und 12 Sonderzüge eingesetzt. Der Verkehr wurde überall glatt und reibungslos durchgeführt und verlief ohne Störungen. Alle Reisenden fanden bequem Sitzplätze. Interessant sind einige Zahlen über den Reiseverkehr nach den verschiedenen Landesteilen. An erster Stelle steht Süddeutschland, dann folgen der Harz, das Riesengebirge und endlich, ganz im Gegensatz zum Vorjahre, die Ostsee. Während im vergangenen Jahre sämtliche Züge, die an die Ostsee fuhren, stark überfüllt waren, wiesen sie jetzt nur einigermaßen gute Besetzung auf. Besonders das unbeständige Wetter und die noch immer vornehmlich in Seebädern herrschenden hohen Preise werden vielen die Fahrt dorthin verleidet oder unmöglich gemacht haben. Während sonst am zweiten Ferientage der Ferienverkehr den höchsten Grad erreichte, ist heute auf keinem der Bahnhöfe ein außergewöhnlicher Andrang erkennbar. Außer 205 fahrplanmäßigen und einigen Vor- und Nachzügen verkehren 15 Sonderzüge nach allen Himmelsrichtungen.

Verderbliche Polizeimethoden.

Reviervorsteher verlangen möglichst viel Strafanzeigen.

Vor kurzem hatten wir in einer Notiz „Polizei und Verkehrsregelung" auf selbstbeobachtete Fälle hingewiesen, aus denen das schikanöse und gerade hinterhältige Verhalten einzelner Beamten der Verkehrspolizei bei der Erstattung von Anzeigen deutlich hervorging. Diese Notiz hat uns mehrere Zuschriften eingebracht, die den besten Beweis dafür liefern, wie notwendig es war, jene Mißstände wieder einmal zur Sprache zu bringen. Insbesondere schreibt uns der Vorsitzende des Allgemeinen Preußischen Polizeibeamtenverbandes, Genosse Beinarek, u. a.:

Ein solches Benehmen von Polizeibeamten, die sich im Hinterhalt verstecken, um so auf ihre Beute — nämlich Kraftfahrzeuge — zu lauern, deren Führer sie dann zur Anzeige bringen, ist uns ebenso zuwider wie Ihnen. Als die zuständige Berufsorganisation jedoch möchten wir nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß die Schuldigen nicht die Beamten, sondern zum großen Teil die Vorgesetzten, nämlich die Reviervorsteher, sind. **Schon des öfteren haben wir Gelegenheit nehmen müssen, den Herrn Polizeipräsidenten von Berlin auf einzelne Reviervorsteher hinzuweisen, die von ihren Beamten eine tägliche Mindestzahl von Anzeigen verlangen. Darüber wird eine sogenannte Tätigkeitsliste geführt. Diejenigen Beamten, die die meisten Anzeigen haben, erhalten ein bis drei freie Tage im Monat neben den sonst üblichen Ruhetagen.**

Daß der Polizeipräsident damit nicht einverstanden ist, auf die Beamtenschaft einen Druck auszuüben, damit sie recht viel Anzeigen macht, ist selbstverständlich. Im Gegenteil, er hat die Führung einer sogenannten Tätigkeitsliste aufs strengste verboten. Trotzdem wird dieses Verbot umgangen. Uns nahestehende Reviervorsteher haben uns einfach erklärt, daß die Inspektionskommandeure (Polizeimajore) von ihnen verlangen, daß dem Revier im Monat eine gewisse Anzahl von Anzeigen gemacht werden. Es gibt sogar Inspektionskommandeure, die hierin die produktive Arbeit der Polizei erblicken. Im Gegensatz zu dem eigentlichen Zweck der Polizei, nämlich, daß sie eine vorbeugende Tätigkeit ausüben sollen."

Dem Schreiben ist ein im Verbandsorgan vom 14. Mai d. J. erschienener interessanter Artikel beigefügt, in dem unter der Ueberschrift „Mehr Anzeigen!" dieses widerwärtige Antreibersystem gründlich beleuchtet wird. Darin heißt es: „Die Parole lautet überall: Anzeigen, Anzeigen um jeden Preis, was es auch sei . . . Treffen sich zwei Streifenbeamte an einer Ecke, so ist die erste Frage: „Hast du schon eine Anzeige?" — „Und du?" Beim Weitergehen sagt dann wohl der eine: „Wäre es doch nur ein Radfahrer ohne Licht oder ein Hund ohne Maulkorb". So werden Tausende von Strafanzeigen erstattet, so kommen sie zustande. Aus der Strafanzeige wird Selbstzweck."

In einer anderen Zuschrift eines Kraftdroschkenfahrers wird zugleich im Namen vieler Berufskollegen unsere Notiz mit weiteren konkreten Beispielen von schikanösen Anzeigen ergänzt und bestätigt, daß die Gegend der Straße Unter den Linden bei allen Kraftfahrern dafür berüchtigt ist. Hingegen erwähnt unser Gewährsmann mit anerkennenswerter Objektivität, daß z. B. die Beamten an der Herkules- oder Corneliusbrücke oder an der Kreuzung Joachimsthaler Straße und Kurfürstendamm sich allgemeiner Beliebtheit erfreuen und fügt hinzu: „Wer dort eine Anzeige bekommt, wird sie schon verdienen."

Wir können nur noch einmal den Polizeipräsidenten auf diese gegen seinen ausdrücklichen Willen entstandenen Mißstände hinweisen, die zu einer ebensolchen von den Vorgesetzten gezüchteten geistigen Korruption führen müssen, wie sie sich im alten Heer bei Offizieren und Unteroffizieren entwickelt hatte.

Schwimmfest der Groß-Berliner Schulen.

Alle Berliner Schulen hatten kürzlich ihr Sommer-Schwimmfest, das geleitet wurde von der Schwimmvereinigung Berliner Lehrer. 5000 bis 6000 Zuschauer sahen von den Ufern des Spandauer Schiffahrtskanals zu.

Ein ganz außergewöhnliches Ereignis waren die Massen-Trockenschwimmübungen. In fast endloser Reihe sah man die völlig exakte Ausführung dieser Freiübungen. Ein wunderbares Bild, das auch im Film starkes Interesse erregen wird. Darauf folgte das Anschwimmen der Schulen; da tummelte sich die ganze große Masse aller Beteiligten im Wasser. Dann richtet sich der Blick auf die Hauptkämpfe des Tages, auf die Staffeln der Schulen, es gingen alle Schularten in Wettbewerb. Beste Zeit der 10 mal 50 Meter-Strecke in Bruststil war 9,04 Min. Den Abschluß bildete ein Stilschwimmen aller Teilnehmer. Es macht viel Freude, die Jungens und Mädels bei der Arbeit zu sehen. Nachstehend die Ergebnisse: I. 10 mal 50 Meter, beliebige Staffel f. höhere u. Berufsschulen. 1. Diesterweg-Oberrealschule, in 8,26 Min. 2. Oberrealschule Mariendorf, in 8,43 Min. II. 10 mal 50 Meter Brststaffel f. gemischte Schulen. 1. 262. Volksschule in 10,4,8 Min. 2. 6a Schule Reinickendorf in 10,44 Min. III. 10 mal 50 Meter Brststaffel für Knaben-Volksschulen. 1. 300. Volksschule in 9,004 Min. 2. 301. Volksschule in 9,45 Min.

Verspäteter Karneval.

Der „unpolitische" Kriegerverein Lichtenberg veranstaltete am vergangenen Sonntag sein 50jähriges Stiftungsfest. Zu diesem Zwecke machte er auch einen sogenannten Propagandaumzug durch die Straßen. Voran natürlich, wie immer bei diesen Zügen, ungefähr 20 Hitlerjünglinge mit den bekannten, geradezu verbotenen Gesichtern. Ihnen folgte auf einem „Schlachtpferde" eine Gestalt in Allongeperrücke, rotem Rock mit gelben Schnüren und weiterem Brimborium; man hörte allgemein, daß es sich um den alten Fritz handeln sollte. Daß sich dieser Figur noch einiger solcher Rummelgestalten anschlossen, versteht sich von selbst. Alsdann folgte der Clou des ganzen Festzuges in Gestalt eines Leiterwagens, auf dem sich zwanzig „Ehrenjungfrauen" in sehr ehrwürdigem Alter befanden, die sich mit je einem Kornblumenkranz und einem um die rechte Schulter fallenden schwarzweißroten Bandelier bekleidet hatten. Das sonderbarste Bild entstand dadurch, daß vor und hinter dem Zuge Dutzende von Schutzpoleuten zu Fuß, zu Pferd, zu Rad und Wagen bewegten, während rechts und links des Zuges eine sehr dichte Eskorte von Grünen den Zug begleitete. Jede Straßenecke war außerdem noch mit dreifachen Schupoposten besetzt, außerdem traten noch Radfahr- und Autopatrouillen in großer Zahl in Erscheinung.

Oberflächliche Schätzung zeigte schon ganz unzweideutig, daß dieser Festzug mindestens von doppelt soviel Schupoleuten eskortiert wurde als er Festteilnehmer in sich barg. Bei dieser starken polizeilichen Bedeckung wunderte sich niemand, daß den mitmarschierenden Heldenjünglingen von Hitlers Gnaden die Aeuglein vor Stolz leuchteten. Bezeichnend für den Geisteszustand dieser Leute ist die Tatsache, daß bei ihnen keine Veranstaltung vorbeigehen kann, an dem nicht die Geister längst verstorbener Herrschaften zur Schau gestellt werden. Wer eben keine Zukunft vor sich hat, muß ja wohl notgedrungen in der Vergangenheit wühlen.

Der Männerchor Ost Lyrania 1849, Mitglied des DMSB., veranstaltet Montag, den 5. Juli, 7 Uhr im Saalbau Friedrichshain, Garten, einen Straußabend. Mitwirkung: Ballmusikdirektor Johann Strauß aus Wien.

Verhaftung eines Raubmörders.

Er leugnet die Tat.

Am 27. vorigen Monats wurde in Stettin am Kohlenmarkt der Juwelier Scholtmann in seinem Laden ermordet und beraubt. Die sofort angestellten Nachforschungen der Stettiner Kriminalpolizei ergaben, daß als Täter der 30 Jahre alte Arbeiter Ernst Lüdtke, dessen Vormund der Ermordete früher war, in Frage kam.

Verschiedene Anzeichen deuteten daraufhin, daß der Mörder sich nach Berlin gewandt habe, und so wurde die Inspektion A. der Berliner Kriminalpolizei um Mitfahndung ersucht. Sie ermittelte, daß Lüdtke in Berlin in den verschiedensten Stadtteilen weibliche Bekanntschaften hatte. Die Mädchen waren als Hausangestellte tätig und steckten ihrem Freunde Geld und Lebensmittel zu. Lüdtke selbst ging keiner regelmäßigen Beschäftigung nach, sondern trieb sich planlos umher. Außer seinen Berliner Beziehungen hatte er Freundinnen in Stettin und anderen Orten, mit denen er in Briefwechsel stand. Da er in seinem Unterschlupf nicht gemeldet war, so mußte er seine Briefe selbst auf den einzelnen Postämtern abholen. Auch das hatte die Kriminalpolizei erfahren und beobachtete die betreffenden Aemter. Heute morgen gelang es endlich, Lüdtke auf einem Postamt im Zentrum der Stadt zu ergreifen und in das Polizeipräsidium zu bringen. Er wurde alsbald einem Verhör unterzogen, leugnet aber, mit der Tat etwas zu tun gehabt zu haben. Er trat einen Alibibeweis an, der augenblicklich noch nachgeprüft wird.

Warum wohl?

Beim Rundfunk hat man auch einen Theaterdienst. Täglich wird da den Rundfunkteilnehmern gesagt, welche Genüsse die Theater Berlins bieten. Für die Staatsoper hatte die Ankündigung bisher etwa so gelautet: „In der Staatsoper am Königsplatz wird gegeben usw." Als dann der „Königsplatz" in einen „Platz der Republik" umgenannt wurde, erhielt die Ankündigung folgerichtig den Wortlaut: „In der Staatsoper am Platz der Republik usw." Das scheint aber irgendwem nicht gepaßt zu haben. Seit einigen Tagen verkündet der Rundfunk nur noch, daß in der „Staatsoper" das und das gegeben wird. Wo die Staatsoper liegt, das wird nicht mehr gesagt.

Ein Rundfunkteilnehmer, dem das auffiel, wandte sich an die Rundfunkgesellschaft und an das Reichspostministerium mit der Anfrage, warum wohl plötzlich der neue Platzname aus der Rundfunkankündigung verschwunden sei. Das Reichspostministerium gab das Schreiben des Rundfunkteilnehmers weiter an die Rundfunkgesellschaft „zur gefälligen Kenntnisnahme und erforderlichenfalls weiteren Veranlassung". Da der Beschwerdeführer in seinem Schreiben mitgeteilt hatte, daß er eine Abschrift davon dem „Vorwärts" zugehen lassen werde, so schickt jetzt die Rundfunkgesellschaft unaufgefordert uns im voraus eine Erklärung. Darin sagt sie zu ihrer Entschuldigung:

„Wir gestatten uns, darauf hinzuweisen, daß es sich dabei um einen sogenannten Reklamedurchspruch handelt, der von der Staatsoper bezahlt wird und für den die Staatsoper uns den Text vorschreibt. Wir sind daher gar nicht in der Lage, irgendwelche Aenderungen in dem Text vorzunehmen. Im übrigen ist es Wunsch der Auftraggeberin, nur kurz als Staatsoper — im Gegensatz zu den Staatstheatern — genannt zu werden."

Die Rundfunkgesellschaft lehnt also die Verantwortung ab. Nach ihrer Darstellung ist allein die Verwaltung der Staatsoper dafür verantwortlich zu machen, daß nach der Umnennung des „Königsplatzes" in einen „Platz der Republik" die frühere „Staatsoper am Königsplatz" jetzt plötzlich nur noch „Staatsoper" genannt wird. „Warum wohl?" hat der Rundfunkteilnehmer das Reichspostministerium und die Rundfunkgesellschaft gefragt. „Warum wohl?" fragen jetzt wir die Verwaltung der Staatsoper. Warum wohl mag bei diesem Kunstinstitut der Republik der Wunsch sich geregt haben, den „Platz der Republik" in die Versenkung verschwinden zu lassen?

Der Schneidergeselle als Arzt.

Ein alter, unverbesserlicher Betrüger stand in der Person des Schneiders Robert Kläden wieder einmal vor dem Strafrichter. Kläden hat sein halbes Leben in Gefängnissen und Zuchthäusern zugebracht. Kaum auf freiem Fuße, trat er unter falschem Namen und Titel auf und verübte mit großem Raffinement Betrügereien. Auch seine letzte 3½jährige Zuchthausstrafe vermochte ihn nicht zu bessern. Sofort nach der Entlassung wandte er einen seiner alten Tricks wieder an. Diesmal trat er als falscher Arzt auf. Er ließ sich Rezepte mit dem Kopf „Dr. med. Robert Kläden, prakt. Arzt" drucken und verschaffte sich in verschiedenen Apotheken Morphium, wofür er noch als Arzt 10 Proz. Ermäßigung erhielt. Damit trieb er einen schwunghaften Handel. Daneben suchte er auch seine „Kollegen" als notleidender Arzt auf. Bei einem bekannten Professor erhielt er zehn Mark Unterstützung und wurde auf seine Bitten an den Leiter eines Sanatoriums empfohlen. Er erhielt auch Anstellung und war einige Tage dort tätig, bis es ihm gelang, einen Vorschuß von 100 Mark zu erhalten. Dann verschwand er. Das Schöffengericht schickte den alten Gauner von neuem auf 1½ Jahre ins Zuchthaus.

Verzweiflungstat eines alten Gärtners. Einen blutigen Ausgang nahm gestern abend eine Auseinandersetzung zwischen dem Besitzer des Kurhauses Wannsee, Kurt Kundis und seinem Angestellten, dem 70jährigen Gärtner Wilhelm Giese. Der Arbeitgeber war mit den Leistungen des alten Mannes nicht mehr zufrieden und kündigte ihm. Als es gestern abermals zu einer Unterredung kam, die einen sehr heftigen Verlauf nahm, zog der alte Giese in seiner Erregung plötzlich ein Messer hervor, stach auf Kundis ein und traf ihn in den Unterleib. Kundis mußte schwerverletzt in das Nowawesser Krankenhaus gebracht werden, während Giese verhaftet wurde.

Ein Lawinensturz. An der Grindelstraße gingen nach einer Meldung aus Bern zwei gewaltige Lawinen nieder. Die Spreitlawine vor Guttannen brachte eine Schneemenge von etwa 400 000 Kubikmetern, eine andere Lawine bei Sommerloch sperrte die Straße auf 300 Meter Länge und in einer Höhe von 10 Meter. Um den Verkehr aufrecht zu erhalten, ist in die Spreitlawine ein Tunnel von 78 Meter Länge und 4 Meter Höhe gegraben worden.

Einsturz eines Tunnelgewölbes. Bei den seit einem Jahr dauernden Umbauarbeiten am Tunnel vor der Station Gaildorf ist heute früh gegen 3 Uhr, nach einer Meldung aus Backnang (Neckarkreis), ein Einbruch des Gewölbes erfolgt. Zwei Arbeiter werden vermißt. Sie sind vermutlich tödlich verunglückt. Der Verkehr muß mit Hilfe von Autos aufrechterhalten werden.

Amundsen polmüde. Wie aus Seattle gemeldet wird, ist dort Amundsen mit seinen 15 Kameraden eingetroffen, die mit der „Norge" den Pol überflogen hatten. Der berühmte Forscher erschien den Journalisten, die ihn begrüßten, noch müder als im letzten Jahre, als er von seinem erfolglosen Flug zurückkehrte. „Meine Aufgabe ist nun erfüllt," sagte Amundsen. „Die wichtigsten Probleme der Polarregion sind gelöst. Natürlich bleibt noch eine große Anzahl von Einzelfragen zu prüfen und zu erforschen, aber die künftigen Reisen, die noch unternommen werden müssen, werden kein Neuland mehr zu entdecken haben. Ich werde mich zurückziehen, um anderen Platz zu machen, die an meine Stelle treten und mein Werk vollenden werden."

Groß-Berliner Parteinachrichten.

47. Abt. Die Bezirksführer, die trotz Aufforderung noch nicht abgerechnet haben, werden dringend ersucht, Sonntag, den 4., vormittags 11 Uhr, bei dem Genossen Jacob abzurechnen.

Gewerkschaftsbewegung

Ueberflüssiges Geschrei.

Der Siegesjubel über den Konjunkturerfolg der KPD. bei den Berliner Delegiertenwahlen zum Verbandstage der Metallarbeiter, den die „Rote Fahne" angestimmt hat, verleitete bekanntlich die „Prawda" dazu, von einem entscheidenden Wendepunkt in dem Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und der KPD. zu sprechen. Das Moskauer Blatt meint, es drehe sich für die KPD. jetzt hauptsächlich darum, „zugleich und im Zusammenhang mit der Eroberung der Vorhut die Reste der Passivität in den Millionenmassen des Gesamtproletariats zu liquidieren", d. h. sie für die KPD. zu gewinnen. „Der Weg dazu ist die neue Taktik der deutschen (kommunistischen) Partei: Systematische alltägliche Arbeit in allen Betrieben und Gewerkschaften, klares Eintreten für die revolutionären Losungen ohne überflüssiges Geschrei, Sammlung aller Kräfte für die bevorstehenden Machtkämpfe usw." Das hat die „Rote Fahne" wohl zum Abdruck gebracht, allein es fällt ihr sehr schwer, „ohne überflüssiges Geschrei" auszukommen, weil sie ihr ganzes Geschrei nun einmal für notwendig und revolutionär hält.

Wir haben ihr ein wenig Wasser in den Wein über den Berliner Sieg getan, durch die Veröffentlichung des Gesamtergebnisse der Wahlen, und nun setzt sie sich in die Retourkutsche und ruft: „Unangebrachter Siegesjubel der SPD."

Wir haben lediglich die Tatsache festgestellt, daß die KPD. bei den jüngsten Verbandstagswahlen einen über 50prozentigen Rückgang gegen die Kasseler Wahlen zu verzeichnen hat und die „Rote Fahne" muß zugeben: „Im wesentlichen stimmen die Angaben des „Vorwärts". Diese Feststellung machten wir ganz „ohne überflüssiges Geschrei", das wir der KPD. samt ihrem Sieg überlassen.

Die Berliner Gewerkschaften 1925.

Der Ortsausschuß des ADGB. hatte am Dienstag im Gewerkschaftshaus seine Jahres-Plenarversammlung. Genosse Sabath verwies auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht, der die Tätigkeit des Ortsausschusses eingehend schildert. Sabath beschränkte sich auf die Erläuterung der wichtigsten Detailfragen von allgemeinem Interesse. Wenn z. B. den Gewerkschaften von gewisser Seite vorgehalten wird, sie seien keine Kampforganisationen mehr, so beweisen die Ziffern des Jahresberichts das Gegenteil. Im Berichtsjahr wurden von den Berliner Gewerkschaften insgesamt

1347 Lohnbewegungen, darunter 248 Streiks

mit 561 745 Beteiligten geführt, wovon 1332 Bewegungen lediglich der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen galten. 43 Bewegungen richteten sich gegen beabsichtigte Lohnkürzungen und Verlängerung der Arbeitszeit. Erfolgreich waren 1034 Bewegungen, teilweise erfolgreich 183 und ohne Erfolg 40. Ueber den Ausgang der übrigen Bewegungen fehlen die Angaben. Vergleichszahlen vom Vorjahre können nicht gegeben werden, da diese Statistik zum erstenmal aufgestellt worden ist. Die Ausgaben für Lohnbewegungen und Maßregelungsunterstützung betrugen 2 563 865,34 Mark gegen 930 296,69 Mark im Jahre 1924, ein Mehr also von 1 633 568,65 Mark. Die Mitgliederzahl stieg

von 270 477 auf 294 204

also um 23 727.

Die Einnahmen sämtlicher Berliner Gewerkschaften beliefen sich 1924 auf 8 349 291,76 Mark, 1925 auf 14 287 237,30 Mark, stiegen also um 5 937 945,54 Mark. Ihre Ausgaben betrugen 7 733 999,70 Mark im Jahre 1924 und stiegen auf 13 033 824,54 Mark oder um 5 299 824,84 Mark im Jahre 1925. Es verblieb ihnen am Jahresschluß ein Kassenbestand von 1 253 412,76 gegen 614 642,76 Mark im Vorjahre.

Die Gewerkschaftsschule hatte im Laufe des Berichtsjahres insgesamt 3566 Hörer. Von den 8429 im Arbeitersekretariat Rechtsschutz Nachsuchenden waren — wie schon berichtet — 7214 Personen oder 99,22 Proz. freigewerkschaftlich organisiert. Der Vorstand des Ortsausschusses hat jedenfalls im Laufe des Geschäftsjahres alles im Bereich der Möglichkeit Liegende getan, um den Interessen der Arbeiterschaft zu dienen.

Eine Diskussion über den Geschäftsbericht wurde nicht geführt. Die beantragte Entlastung des Kassierers Sprung wurde einstimmig erteilt. Vor der Wahl des Vorstandes wurde ein Schreiben des Verbandes der Zimmerer bekanntgegeben, in dem dagegen protestiert wird, daß diese Organisation bei der Besetzung des Vorstandes nicht berücksichtigt sei. Die Versammlung schloß sich der Auffassung des Vorsitzenden an, daß diese Angelegenheit nur durch die Industriegruppe selbst geregelt werden kann. Die von den einzelnen Industriegruppen vorgeschlagenen Vertreter bzw. Stellvertreter für den Vorstand des Ortsausschusses wurden gegen zwei Stimmen gewählt. Als Sekretäre des Ortsausschusses wurden vom Vorstand vorgeschlagen und einstimmig gewählt: Sabath, Siegle, Sprung, Zippel, Bredow und Heßler.

Ausdehnung des Eisenbahner-Schiedsspruches.

Auf die Reichs- und Staatsarbeiter.

Die im Deutschen Verkehrsbund organisierten Lohnempfänger der Reichs- und Staatsbetriebe nahmen am 29. Juni in den Residenzsälen, den Bericht über die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium und preußischen Finanzministerium zur Ausdehnung des Eisenbahner-Schiedsspruches auf die Reichs- und Staatsarbeiter entgegen.

Das Reichsfinanzministerium hatte die Organisationsvertreter zum 25. Juni zu Verhandlungen geladen. Bei diesen Verhandlungen erklärte sich das R. F. M. bereit, das s. Zt. abgegebene Versprechen einzulösen, wonach die Arbeiter in den Reichsbetrieben die gleichen Zulagen erhalten sollten wie die Eisenbahner infolge des Schiedsspruches. Die Verhandlungen hatten folgendes Ergebnis:

Alle Arbeiter über 24 Jahre erhalten in den Lohngruppen I bis II eine Zulage von 2 Pfg., in den Lohngruppen III bis V 1 Pfg. für die Stunde. Die Arbeiterinnen über 24 Jahre erhalten in den Lohngruppen II und III 1 Pfg. für die Stunde.

Für die Zeit vom 3. Januar 1926 bis 27. Juni 1926 erhalten die männlichen Arbeiter der Gruppen I und II eine Nachzahlung von 26 Mark, die Gruppen III bis V und die Gruppen II und III der weiblichen Arbeiter eine Nachzahlung von 13 Mark.

Die Beträge vermindern sich für die Arbeiter, die das 24. Lebensjahr nach dem 3. Januar 1926 vollendet haben oder die nach dem 3. Januar 1926 eingestellt worden sind, für jede vor dem Geburtstag oder dem Einstellungstag liegende volle Woche in den Lohngruppen III bis V der männlichen Arbeiter und den Gruppen II und III der weiblichen Arbeiter um 60 Pfg., in den Lohngruppen I und II der männlichen Arbeiter um 1 Mark.

Ausgeschiedene Arbeiter erhalten für jede vollendete Lohnwoche, die sie noch in dieser Zeit beschäftigt waren den fünfundzwanzigsten Teil der hier angeführten Sätze. Anträge auf Nachzahlung sind bis zum 31. Juli bei der zuständigen Dienststelle einzureichen.

Die Arbeiter in den preußischen Verwaltungen erhalten in den Lohngruppen I der männlichen und I und II der weiblichen je 1 Pfg., in den Lohngruppen II und III der männlichen je 2 Pfg. Zulage. Anträge auf Nachzahlung auch an Angehörige bereits verstorbener Arbeiter sind hier bis spätestens 31. August zu stellen.

Große Enttäuschung rief es hervor, als der Referent mitteilte, daß die Putz- und Reinigungsfrauen leider in dem Eisenbahner-Schiedsspruch nicht erwähnt seien und deshalb leer ausgehen.

Nach dem Schiedsspruch für die Reichsarbeiter vom 8. April 1924, der gleichfalls unter dem Vorsitz von Herrn Rüdlin gefällt wurde, betragen die Löhne der weiblichen Arbeitskräfte 75 Prozent der Männerlöhne; folglich müßten auch die Frauen der untersten Gruppen mindestens 1 Pfg. Zulage erhalten.

Die Organisation wurde beauftragt, nichts unversucht zu lassen, um die Erfüllung des Schiedsspruches vom 8. April 1924 durchzusetzen.

Stillegung der Mechanischen Weberei in Bautzen.

1600 Arbeiter und Angestellte entlassen.

Die Vereinigten Jutespinnereien und Webereien, das größte industrielle Unternehmen Bautzens, bekannt unter dem Namen Mechanische Weberei, haben nunmehr ihren Betrieb gänzlich stillgelegt. Am Mittwoch wurden sämtliche Arbeiter und Angestellte entlassen.

Durch die Schließung dieser Fabrik, die erst im Jahre 1920 einen umfassenden Neubau ausführte, in dem über 1000 Arbeiterinnen Beschäftigung fanden, ist das Arbeitslosenheer Bautzens um 1600 Personen vermehrt worden. Auffällig ist, daß nach den Bekundungen des Betriebsrates der Firma verschiedene Schwesterwerke, die ebenfalls der Hamburger Jutezentrale unterstehen, trotz der Stillegung der Bautzener Fabrik, wöchentlich bis zu 54 Stunden arbeiten.

In tausenden aber tausenden Familien fehlt es an der notwendigsten Wäsche und Kleidung. Im Mai waren nahezu 60 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen vollständig arbeitslos und 150 272 arbeiteten verkürzt. Nicht einmal die Textilarbeiter und -arbeiterinnen selber können sich von den Erzeugnissen ihrer Industrie das für sie notwendigste beschaffen. Auch nicht die Masse der übrigen Erwerbslosen und Kurzarbeiter. Die Preise sind zu hoch und die Einkommen zu niedrig. Erwerbslosenunterstützung, Kurzarbeiterlöhne und selbst die vielfach „ermäßigten" Vollöhne reichen knapp zu dürftiger Ernährung. Die Lebensbedingungen der großen Masse sind gedrückt, die Kaufkraft gedrosselt. Das Ganze nennt man Wirtschaft. Es ist die kapitalistische Wirtschaft, eine skandalöse Mißwirtschaft!

Lohnbewegung der französischen Postbeamten.

Paris, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Lohnbewegung der französischen Post- und Telegraphenbeamten hat in den letzten Tagen scharfe Formen angenommen. Es ist sogar der Ausbruch eines Streiks zu befürchten. Während die Neuregelung der Gehälter für sämtliche anderen Beamten seit über einem Monat erfolgt ist, liegt die Vorlage für die Post- und Telegraphenbeamten noch immer unerledigt der Kammer vor. In Anbetracht der bevorstehenden Parlamentsferien befürchtet die Gewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten, daß die Kammer ihre Vorlage nicht mehr rechtzeitig verabschieden wird. In einem Schreiben an die Presse droht sie für diesen Fall den Generalstreik sämtlicher Post- und Telegraphenbeamten an.

Zum englischen Bergarbeiterstreik.

London, 3. Juli. (EP.) Der Grubenarbeitersekretär Cook erklärte am Freitag in einer Rede, daß die Einladung Baldwins zum sozialen Frieden nicht ernst genommen werden könnte. Die Regierung habe immer genau den Standpunkt der Bergwerksbesitzer vertreten und für die Forderungen der Arbeiterschaft nicht das geringste Verständnis aufgebracht. Sie habe die Forderung nach einer durchgreifenden Reorganisation der Gruben ignoriert. Baldwin und die Grubenbesitzer hätten lediglich den Ausweg der Heraufsetzung der Arbeitszeit und der Verkürzung der Löhne beschritten. Die Regierung müsse ihr Projekt über den Achtstundentag zurückziehen und einen Reorganisationsplan ausarbeiten, dann würden die Bergarbeiter bereit sein, mit der Regierung zusammenzuarbeiten und dem Konflikt ein Ende bereiten.

Die Exekutive der Bergarbeiter ist zu einer neuen Sitzung nach London einberufen.

Gesperrter Gastwirtsbetrieb. Das Schloß Weißensee, vermals Sternecker, wird zurzeit von dem Inhaber Gastwirt Ullrich bewirtschaftet. Herr Ullrich kann sich anscheinend nicht recht dazu verstehen, die nach der Revolution in Kraft getretenen Arbeitsschutzgesetze anzuerkennen. Arbeitsnachweis und Organisation sind ihm ein Dorn im Auge. Bei der Verhandlung mit ihm im Beisein eines Mitgliedes des Bezirksamts Weißensee ließ er deutlich durchblicken, daß er nur Kellner gebrauchen könne, die jede Dreck- und Schmutzarbeit verrichten und so lange arbeiten wollen, wie es Herrn Ullrich paßt. Auch das Bezirksamt Weißensee, das mit Ullrich einen Pachtvertrag abgeschlossen hat, imponiert dem Herrn nicht. Der Betrieb ist für organisierte Arbeitnehmer gesperrt!

Weitere Abnahme der Arbeitslosen in Wien. In der zweiten Junihälfte hat sich in Wien die Zahl der unterstützten Arbeitslosen um 1815 auf rund 75 500 vermindert. Dieser Stand ist um etwa 10 000 höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Wirtschaft

Frankreichs wirtschaftliche Sorgen.

Die Folgen der Geldentwertung.

Während bisher in Frankreich die Schwierigkeiten nur finanzieller Natur waren, hat die Geldentwertung jetzt bereits eine Lage geschaffen, wo die Schwierigkeiten auch auf das wirtschaftliche Gebiet übergreifen. Schon seit langer Zeit ist die inländische Konsumkraft infolge der Geldentwertung erheblich zurückgegangen, zumal die Löhne den Preissteigerungen bekanntlich stets nachhinken. Deshalb die seit längerer Zeit bestehende Krise der Textilindustrie. Diese Krise des inneren Marktes hat sich nun in mehrfacher Hinsicht verschärft: einmal infolge der weiteren Geldentwertung und der damit verbundenen weiteren Schwächung der Konsumkraft, zweitens infolge der großen Getreideknappheit und der dadurch herbeigeführten Preiserhöhungen für Getreide, die zum Teil spekulativen Charakter haben. Die neue Ernte wird sehr ungünstig ausfallen, was die Kaufkraft der Landwirtschaft weiter herabsetzen wird. Schließlich hat die Geldentwertung zahlreiche Lohnbewegungen ausgelöst und zu Streiks geführt, wodurch die allgemeine Konsumkraft noch weiter eingeschränkt wird. Die schwache Lage des inneren Marktes spiegelt sich in der außerordentlichen Einschränkung der Einfuhr von Rohstoffen wider. Im Mai wurden um ⅓ Million Tonnen bzw. um 700 Millionen Franken weniger Rohstoffe eingeführt als im April, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Rückgang nicht etwa auf die Kohle entfällt — trotz des englischen Streiks wurden im Mai ebensoviel Kohlen wie im April eingeführt —, sondern auf andere Rohstoffe wie Baumwolle und Wolle. Die schwere Lage des inneren Marktes wird aber nicht mehr durch die glänzenden Verhältnisse auf dem Exportmarkt wettgemacht. Auch die Ausfuhr geht trotz der fortschreitenden Geldentwertung zurück, im April und Mai blieb sie mengenmäßig erheblich hinter den früheren Monaten zurück, und die wertmäßige Steigerung entspricht bei weitem nicht der inzwischen eingetretenen Geldentwertung. Für diese ungünstige Entwicklung sind sowohl weltwirtschaftliche Ursachen im allgemeinen wie insbesondere die gesteigerte Konkurrenzfähigkeit der anderen Ausfuhrländer, zum Teil auch die erhöhten Produktionskosten der französischen Ausfuhrindustrie verantwortlich. Endlich herrscht auf dem französischen Kapitalmarkt eine große Knappheit. Die französische Geldentwertung geht nämlich nicht mit einer erheblichen Notenvermehrung einher, bzw. werden von der Zentralbank keine großen Kredite gewährt, wie das bei der deutschen Inflation der Fall war. Deshalb besteht ein Mangel an langfristigen Darlehen. Demzufolge fehlen die Mittel, um die Produktion auszudehnen oder aber die Rationalisierung der Betriebe durch vermehrte Maschineneinstellung durchzuführen. Es ist anzunehmen, daß diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die bisher durch den Schleier der Geldentwertung verdeckt waren, bald derart sichtbar werden, daß die Stabilisierung des Franken sich als unvermeidliche Notwendigkeit aufdrängen wird.

Die Werkzeugmaschinenfabrik F. Werner, A.-G., Berlin-Marienfelde, ist mit ihren Erklärungen über den Verlauf des Geschäftsjahrs 1925 sehr sparsam. Ihr Geschäftsbericht hebt aber auch den plötzlichen Rückgang scharf hervor, der in den Aufträgen und in der Beschäftigung im Herbst vorigen Jahres einsetzte, und der durch die Zurückziehung schon in der Durchführung begriffener Aufträge dazu zwang, auf Lager zu arbeiten. Immerhin konnte im Export der Inlandsausfall einigermaßen wettgemacht werden. Das finanzielle Ergebnis ist günstig. Der Betriebsüberschuß ist mit 876 000 gegen 821 000 M. höher als im Vorjahr. Der Reingewinn, der mit 226 000 M. ausgewiesen ist, wäre noch größer gewesen, wenn man nicht die Abschreibungen erhöht hätte (200 000 M. gegen 139 000 M.). In der Bilanz kommt der Rückschlag der Konjunktur ziemlich deutlich zum Ausdruck. Die Forderungen sind von 928 000 auf 866 000 M. zurückgegangen, die Material- und Warenvorräte erheblich, von 2,51 auf 3,15 Millionen gestiegen. Die Gläubiger sind von 1,28 auf 1,99 Millionen erhöht. Besonders die Flüssigkeit ist also durch die Krise verschlechtert worden. An der Dividende hat sich gegen das Vorjahr nichts geändert. Es werden auch in diesem Jahr wieder 5 Proz. verteilt.

Interessengemeinschaften für Wirtschaftsmaschinen. Die Alexanderwerk A. von der Nahmer A.-G. Remscheid, über die wir kürzlich ausführlich berichteten, baut ihr Interessengemeinschaftssystem weiter aus. 1925 hatte sie den Alleinvertrieb der Heinrich Rieger u. Söhne in Aalen übernommen. Nunmehr schloß sie mit der Aachener Houbenwerke A.-G. eine Fabrikations- und Verkaufsgemeinschaft zum Bau und Vertrieb von Geschirrspülmaschinen, wobei die Erfahrungen, Konstruktionen und Schutzrechte der beiden Werke zusammengeführt werden. Die beiden Werke erhoffen davon eine weitere Rationalisierung ihrer Produktion und der Absatzorganisation.

Theater der Woche.

Vom 4. Juli bis 12. Juli 1926.

Volksbühne am Bülowplatz: Bis 12. Darüber läßt sich reden. — **Kroll-Oper:** 4. Margarete. 5. Lohengrin. 6. Salome. 7. Rigoletto. 8. Carmen. 9. Ein Maskenball. 10. Fledermaus. 11. Meistersinger. 12. Cavalleria rusticana. Bajazzi. 13. Fliegende Holländer. 14. Tosca. — **Schiller-Theater:** Bis 11. Die leichte Isabell. — **Deutsches Theater:** Ekel. — **Die Komödie:** Week-end. — **Lessing-Theater:** Schneider Wibbel. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Gefallene Engel. — **Theater des Westens:** Die große Unbekannte. — **Renaissance-Theater:** Die fleißige Leserin. — **Deutsches Künstler-Theater:** Der fröhliche Weinberg. — **Komödienhaus:** Der Garten Eden. — **Berliner Theater:** Donnerwetter — ganz famos! — **Trianon-Theater:** Kampf in der Hochzeitsnacht. — **Residenz-Theater:** Frl. Julie und Der Stärkere. — **Komische Oper:** Berlin ohne Hemd. — **Lustspielhaus:** Armut. — **Metropol-Theater:** Bis 9. Die Nacht der Nächte. Ab 10. Neger-Revue: Black people. — **Theater in der Klosterstraße:** 4., 5., 7., 9. Scampolo. 6., 10. Spanische Fliege. 8. Ehre. 11. Johannisfeuer. — **Theater am Kurfürstendamm:** Kavalier Jack. — **Kleines Theater:** Leckerbissen. — **Theater in der Lützowstraße:** Spreewaldmädel. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** Die tolle Komteß.

Nachmittagsvorstellungen. Volksbühne: 4., 11. Darüber läßt sich reden. — **Theater des Westens:** Gräfin Mariza. — **Metropol-Theater:** 11. Neger-Revue: Black people.

Verantwortlich für Politik: **Ernst Reuter**; Wirtschaft: **Artur Saternus**; Gewerkschaftsbewegung: **Fr. Egloff**; Feuilleton: **Dr. John Schikowski**; Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt**; Anzeigen: **Th. Glocke**; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner-Elektriker-Genossenschaft
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher: Norden 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzburg 9831
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39—40 (Alexander-Passage) Tel.: Königstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges
zu kulanten Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Westerland
ist das
ideale Nordseebad
Bequeme Reisewege
Mäßige Preise
Man verlange Prospekte in den Reisebureaus oder durch die Badeverwaltung

Krause-
Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
Ecke Kurfürstenstraße

Trauerspenden
jeder Art
liefert preiswert
Paul Golletz,
vormals Robert Meyer
Mariannenstr. 3.
Amt Moritzpl. 10808

Ia. Eiderfettkäse
9 Pfd. M. 6.— frko.
Dampfkäsefabrik
Rendsburg.

Ostseebad Arendsee
In Mecklenburg • Grosse Nadelwaldungen
Bahnstation, Badeärzte, Quellwasserleitung, Kanalisation, Kurhaus, Konzerte. Prospekte durch die Badeverwaltung.
Kurhaus — An d. Dampferanl.-Brücke, Paul Schulz, früh. Besitzer
Hotel Schloss am Meer — Famil.-Hotel dir. an d. See
Pension Onlon — Erstklassige Küche, O. Sockow.
Familienheim Allwardt — Vorzügl. Küche, sauber, eingericht.
Hotel Waldkrone — Unmittelb. an Wald u. Strand. Tel. 196.
Hotel Esplanade, Hotel Wanden — dir. am Strande. Zimmer m. fließ. Wasser.

Stocklaternen
mit Licht u. Stock Dtzd. 75 u. 90 Pf. **Fackeln** Dutzend 75 Pf. **Lampions** von 5 Pf. an.
Feuerwerk jeder Art. Sortimente von 1 M. an:
Bengalfeuer, 20, 30, 50 Pf. **Wachsfackeln, Papierballons, Mützen**, Dutzend von 20 Pfennig an. **Alle Vereins-Sommerartikel sehr billig.**
Seit 36 Jahren **Markgrafenstr. 54 (an der Lindenstr.)**

Tapeten von **25, 30, 35 Pf.** an
Riesenauswahl,
herrliche Muster, Linoleum u. Wachstuche, Cocosmatten nur bester Qualität in großer Auswahl.
R. Lode, Artilleriestraße 36 a
Ecke Elsasser Straße

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und trotzdem **billig!**